

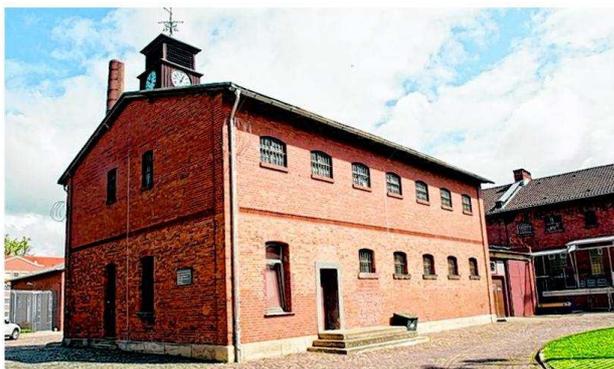
# Gedenkstätte zu NS-Justiz wird ausgebaut

Wolfenbüttel war zentrale Hinrichtungsstätte im Nordwesten / Neugestaltung für fünf Millionen Euro

**Hannover.** Die einzigartige Gedenkstätte zur Justiz im Nationalsozialismus in Wolfenbüttel wird für fünf Millionen Euro komplett neu gestaltet. Sie befindet sich auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt (JVA) und erinnert an die Menschen, die an diesem Ort inhaftiert, gequält und getötet wurden. Wolfenbüttel sei zwischen 1937 und 1945 die zentrale Hinrichtungsstätte in Nordwestdeutschland gewesen, sagte Jens-Christian Wagner, der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, am Freitag in Hannover.

Zwangsarbeiter, Zivilisten, Wehrmachtangehörige und Widerstandskämpfer wurden aus ganz Europa nach Wolfenbüttel gebracht. Für einige – wie etwa Homosexuelle aus Hamburg – war das Gefängnis Zwischenstation vor der Deportation in ein Konzentrationslager. Die Gefangenen wurden auch als Zwangsarbeiter eingesetzt, etwa in der Rüstungsindustrie in Salzgitter oder unter Tage beim Stollenausbau in Blankenburg. Zentraler Ort der Gedenkstätte in der JVA ist das ehemalige Hinrichtungsgebäude. Zwischen 1937 und 1945 wurden dort mindestens 516 Männer und Frauen getötet.

Die frühere Hinrichtungsstätte wird jetzt auf den Grundriss der Kriegszeit zurückgebaut. Auch eine Todeszelle sowie Einzel- und Sammelzellen sollen bis August 2016 restauriert werden. Schon für diesen Herbst sind Führungen über die Baustelle



Die Dokumentations- und Gedenkstätte für die Opfer nationalsozialistischer Justiz in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel. Sie soll für fünf Millionen Euro neu gestaltet werden. FOTO: DPA

geplant. Darüber hinaus soll quasi in der Mauer der JVA bis 2018 ein neues Dokumentationszentrum entstehen, das Besucher auch ohne Anmeldung betreten können. Bisher sind Anmeldungen notwendig, weil im Gefängnis erhöhte Sicherheitsvorkehrungen herrschen.

An der Neugestaltung der Gedenkstätte arbeitet seit Ende vergangenen Jahres ein sechsköpfiges Team aus Historikern und Medienpädagogen. Die Kosten von fünf Millionen Euro teilen sich Bund und Land. „Wir wollen zeigen, wie verbrecherisch die Justiz damals gewirkt hat“, sagte Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligen-

stadt (SPD). Wer den Nazis nicht passte, wurde ins Gefängnis geworfen, mit Berufsverbot belegt, zwangssterilisiert oder in ein Arbeitslager gebracht. Zahlreiche seit 1933 geschaffene Gesetze bildeten den juristischen Rahmen für die Nazi-Diktatur.

Bisher wird die Gedenkstätte Wolfenbüttel vor allem von Schülern, Juristen und JVA-Bediensteten besichtigt. Leiterin Martina Staats möchte sie für neue Besuchergruppen öffnen. Für die Neugestaltung der Ausstellung werten die Historiker zahlreiche Archive aus. Daneben suchen sie Zeitzeugen: Überlebende, deren Angehörige und ehemalige Bedienstete des Strafgefängnisses.